

## AUSSENANSICHT

## Ein Mann, ein Risiko

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa würde unter einem Präsidenten Romney leiden. Von Jonathan Laurence

In der ersten Fernsehdebatte der Präsidentschaftskandidaten brachte Gouverneur Romney in vier seiner fünf letzten Sätze die Worte „Militär“ beziehungsweise „Verteidigung“ unter. Die Verteidigungsausgaben sind wohl der Punkt, mit dem Romney sich gegen einen Präsidenten behaupten will, der den Demokraten wieder eine führende Rolle in der Außenpolitik verschafft hat. Es ist auch das Thema, bei dem Republikaner und Demokraten im Hinblick auf die Beziehung zu Europa unterschiedlicher Meinung sind.

Wie motiviert man Europäer dazu, ihre Beiträge zum gemeinsamen Verteidigungsbudget zu erhöhen? Romney will in den nächsten zehn Jahren insgesamt 2500 Milliarden Dollar mehr ausgeben als Obama, das beinhaltet die Rücknahme der von Obama vorgeschlagene Kürzung des Militärbudgets um 487 Milliarden. Anlässlich des Nato-Gipfels im Frühjahr hatte Mitt Romney in der *Chicago Tribune* geschrieben, dass der Präsident das Militär ausbluten lasse, was den Europäern die Motivation nähme, mehr Geld beizutragen.

Es ist wichtig, den Hintergrund zu beachten, vor dem sich die beiden einen außenpolitischen Showdown liefern. Es geht letztlich um Fragen wie: Brauchen wir zehn oder elf nuklearbetriebene Flugzeugträger? Obamas Budget ist immer noch groß genug, um 2500 Kampfflugzeuge und neun Schiffe pro Jahr zu kaufen – Romney würde der Navy 15 pro Jahr bestellen.

Es ist eine Ausnahme von Gouverneur Romneys generellem Kurs, Staatsausgaben abzulehnen oder zu reduzieren. Schwer zu glauben, dass der frühere Unternehmensberater im Pentagon keinen Spielraum sieht, unnütze Ausgaben zu kürzen.

Man hatte erwartet, dass Amerika bei den alten Verbündeten von der beispiellosen Popularität profitieren könne, die Präsident Obama in Westeuropa genießt. Der Nobelpreis verstärkte diese Hoffnung früh. Aber wie man in Washington D.C. sagt: Für einen Nobelpreis und einen Dollar fünfzig kannst du dir eine Tasse Kaffee kaufen. Die positive Stimmung hat nicht bewirkt, dass die europäischen Freunde geholfen hätten, Guantanamo zu schließen. Und Obama ist es nicht gelungen, sie zu einem verstärkten Engagement in Afghanistan zu bewegen. Wenn man die Nato-Gipfel von 2012 und 2009 vergleicht, ist kaum ein Fortschritt zu sehen. 2012 boten die Europäer etwas mehr Geld für Ausbildung an. Aber insgesamt ging Europas Anteil an den Nato-Ausgaben in den letzten zehn Jahren von 50 Prozent auf ein Drittel zurück.

In Wahrheit ist der Frust über die europäischen Partner inzwischen Resignation gewichen. Aber wie die Intervention in Libyen gezeigt hat, sind andere Modelle der Kostenaufteilung denkbar. Und wir können glaubwürdiger um diesen Beitrag bitten, wenn wir unseren eigenen Gürtel enger schnallen. Die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern beim Militäreinsatz in Libyen ist beispielhaft für Präsident Obamas neue Vereinbarung mit den langfristi-

### Viele Europäer fühlen sich an die Zeiten von George W. Bush erinnert

gen Partnern. Und es zeigt sich, dass man eigentlich mit weniger Honig Bienen fängt. Die USA gaben 896 Millionen Dollar aus, um Gaddafi zu stürzen, Frankreich etwa halb so viel und Großbritannien sogar mehr als die USA: mindestens 850 Millionen Pfund. Zum Vergleich: Im Irak haben die USA 900 Milliarden Dollar ausgegeben – zugegeben eine weit schwierigere Aufga-

be, die sich die Bush-Regierung aufgebürdet hatte – Großbritannien zahlte dagegen von 2003 bis 2010 nur ungefähr 15 Milliarden Pfund.

Was noch wichtiger ist als die kleinliche Aufrechnung von Ausgaben ist die grundsätzliche Frage, in welchen Fällen ein Militäreinsatz sinnvoll erscheint. In diesem Punkt wird Romney allgemein als ein Risiko für die transatlantische Beziehung gesehen. Sein Säbelrasseln in Richtung Russland, Iran und Palästina erinnert viele Europäer an die Zeiten von George W. Bushs erster Amtszeit. Auf den ersten Blick kann man sich bei den meisten außenpolitischen Themen, die derzeit auf der Tagesordnung stehen, eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit nicht vorstellen. Romney würde den Neuanfang mit Russland rückgängig machen, er hätte den Start-Vertrag nicht weiterverfolgt, weil dieser die amerikanischen Militärplanungen einschränkt. Für Afghanistan hätte Romney nicht den Rückzug im Jahr 2014 angekündigt. Und beim Klimawandel behauptet Romney immer noch, es gebe keine aus-

reichenden wissenschaftlichen Beweise, dass CO<sub>2</sub> dessen Ursache ist.

Im Fall Georgien haben Romneys Berater zur Eskalation mit Russland geraten, als sie 2008 für John McCain arbeiteten. Schwer vorstellbar, dass sie sich jetzt anders verhalten würden. Der friedliche Machtwechsel in Georgien aber wurde auch durch eine Diplomatie des kühlen Kopfes möglich. Was Russland angeht, würden viele europäische Länder einen vorsichtigen Ansatz vorziehen.

Aus der berühmten Achse nach Asien – und damit weg von Europa – ist nie etwas geworden. Auch wenn die USA immer bereit sind, an zwei Fronten Krieg zu führen: Präsident Obama hat gezeigt, dass die USA Verbündete und Handelspartner in mehr als einem Kontinent halten können. Niemand würde wagen, den wirtschaftlichen Aufstiegs Asien zu ignorieren. Kanzlerin Merkel kam kürzlich von einer erfolgreichen Chinareise zurück, und es wird erwartet, dass Europas Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung stetig sinkt.

Die Obama-Regierung war in Europa ziemlich engagiert: Außenministerin Clinton flog durchschnittlich einmal im Monat nach Europa, Obama selbst war zehnmal zu Besuch. Im Deutschlandtrend der ARD äußerten sich kürzlich 75 Prozent der Befragten zufrieden mit Präsident Obama. Nur 16 Prozent fanden, dass er seinen Job nicht gut macht. Die *Transatlantic Trends* des German Marshall Fund zeigen ein ähn-

liches Bild: Bei mehr als zwei Dritteln der Europäer kommt der Präsident gut an.

Die transatlantischen Beziehungen haben sich weiterentwickelt: Von einer Zeit, in der mit Europa zusammen an einem freien und vereinten Europa gearbeitet wurde, zu einer Phase, in der man gemeinsam Einfluss auf Problemregionen ausübt vom arabischen Frühling bis Libyen, Syrien und Iran, wobei man doch eine ziemlich große Einigkeit demonstriert, trotz der komplexen und manchmal konkurrierenden nationalen Interessen.

Es ist schwer vorstellbar, dass Romneys 2500-Milliarden-Differenz zu Obama die Europäer dazu inspiriert, plötzlich mehr für gemeinsame Sicherheit auszugeben. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit würde wohl eher abreißen. Spielt das eine Rolle im Wahlkampf? Laut einer aktuellen Umfrage für ABC und die *Washington Post* sorgen sich US-Wähler weit mehr um die Wirtschaft – und zwar im Verhältnis 50:1.



Jonathan Laurence, 35, ist Dozent für Politikwissenschaften am Boston College und Mitglied der American Academy in Berlin. Er ist Autor des Buchs „The Emancipation of Europe's Muslims“. Foto: oh